

Bündnispapier

Niedersachsen zum Sicherem Hafen für Alle

Positionen zur Landtagswahl 2022

Veröffentlicht: 2. Juni 2022

Nicht erst der Angriffskrieg auf die Ukraine führt uns vor Augen, dass auch Niedersachsen gefordert ist, Solidarität zu zeigen mit allen Menschen, die aus ihrem Land vertrieben werden. Als breites Bündnis fordern wir seit Mitte 2021, dass Niedersachsen zum Sicherem Hafen für alle wird. In diesem Papier formulieren wir unsere grundlegenden Positionen und Forderungen zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen.

Als Sicherem Hafen verstehen wir einen Ort der Aufnahme und des Ankommens für Schutzsuchende. Doch nicht nur das: Ein Sicherer Hafen muss Sicherheit für alle Menschen schaffen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Dafür ist ein grundlegender landespolitischer Paradigmenwechsel notwendig. Denn nach wie vor bleibt vielen Menschen in Niedersachsen die gesellschaftliche und politische Teilhabe verwehrt – selbst wenn sie hier geboren sind oder seit Jahren hier leben und längst Teil der Gesellschaft sind.

Deshalb braucht es Veränderung – weg von institutionellem Rassismus, Lagerunterbringung, Fremdbestimmung und Barrieren beim Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung hin zu einer Politik der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe, die Brücken baut, Chancen eröffnet und Bleibeperspektiven für alle Menschen schafft.

a) Antirassismus und Teilhabe

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“. Auch über 70 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und unseres Grundgesetzes sind wir noch weit entfernt von einer Welt, in der alle Menschen frei von Gewalt, in voller Würde und Selbstbestimmung leben können. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt auf allen Ebenen der Gesellschaft mitwirken und vor rassistischer Diskriminierung wirkungsvoll geschützt werden.

Rassismus ist ein strukturelles gesellschaftliches Problem und kein Phänomen einzelner Rassist*innen. Er dient dazu, gesellschaftliche Hierarchien und Privilegien zu legitimieren. Institutionelle und strukturelle Ausschlussmechanismen unter Bezugnahme auf Herkunftsland, Sprache, Hautfarbe, Nationalität oder Einwanderungsgeschichte sind wirkmächtig und haben dramatische Folgen für die Lebensbedingungen, die Teilhabechancen und vor allem den Aufenthaltsstatus der einzelnen Menschen.

Wir sehen hier eine gesamtdeutsche politische Verantwortung auch gegenüber den Verfolgten und ihren Nachkommen, die aufgrund der historischen Verbrechen während des Nationalsozialismus und der Kolonialisierung marginalisiert, verletzt und/oder ermordet wurden - wie z.B. den Rom*nja. Auch das Land Niedersachsen kann einen Beitrag leisten und sich positionieren.

Wir fordern daher von der künftigen Landesregierung:

- Die Verabschiedung eines Landes-Partizipationsgesetzes, das zum Beispiel eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung vorsieht;
- Die Verabschiedung eines Landes-Antidiskriminierungsgesetzes, das u.a. Racial Profiling ausdrücklich verbietet und Mitarbeitende von Behörden und Gerichten verpflichtet, regelmäßig rassismuskritische Fortbildungen zu besuchen;
- Die Migrant*innenselbstorganisationen in Niedersachsen institutionell zu fördern, damit sie ihre Brückenfunktion und ihren Empowermentauftrag nachhaltig erfüllen können;
- Geschädigten rechter Gewalt durch das Ausschöpfen gesetzlicher Ermessensspielräume ein Bleiberecht zu ermöglichen;
- Eine eindeutige Positionierung und ein entschlossenes Vorgehen gegen alle Formen von Rassismus;

- Den konsequenten Abbau von institutionellem Rassismus und durchgreifende Konsequenzen bei rassistischen Anschlägen;
- Die Einbeziehung intersektionaler, machtkritischer, rassismuskritischer sowie dekolonialer Expertise in politische Entscheidungsprozesse.

b) Bildung und Bildungsgerechtigkeit

Nach wie vor reproduziert das niedersächsische Bildungssystem strukturelle soziale Ungleichheit und trägt zu wenig zur Chancengerechtigkeit bei. Noch immer ist die soziale Herkunft ein entscheidender Faktor für den Bildungserfolg, und noch immer verlassen deutlich mehr Jugendliche mit Migrationsgeschichte die Schule ohne Abschluss als Jugendliche ohne Migrationsgeschichte. Die Corona-Pandemie hat die Nachteile beim Bildungserfolg für Kinder aus Familien mit geringeren Bildungsressourcen weiter vertieft, insbesondere durch die langen Zeiten des Homeschoolings. Die neue Landesregierung muss die Bildungspolitik neu gestalten, um die negativen Zusammenhänge von Herkunft und Bildungschancen aufzulösen.

Wir fordern daher von der künftigen Landesregierung:

- Rassismuskritische Trainings und Sensibilisierung für die Wirkmechanismen sozialer Ungleichheiten als verpflichtenden Bestandteil der Lehrer*innen- und Erzieher*innen-Aus- und Weiterbildung;
- Die rassismuskritische Überprüfung und Überarbeitung der Lehrinhalte und -materialien sowie der Curricula;
- Eine unabhängige Beschwerde- und Beratungsstelle für Schüler*innen und Lehrer*innen bei rassistischen Diskriminierungsvorfällen;
- Den Abbau von Hürden bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen von Lehrkräften und Angebote für ergänzende Qualifizierungen, um mehr Pädagog*innen mit Migrationsgeschichte in den Schuldienst aufzunehmen;
- Die Beseitigung lernfeindlicher Lebensbedingungen für alle geflüchteten Kinder in Lagern und Gemeinschaftsunterkünften;
- Den Schulbesuch unabhängig vom Unterbringungsort bedarfsgerecht für alle geflüchteten Kinder und Jugendliche von Beginn an zu ermöglichen;
- Die Sicherstellung des Angebots eines Religionsunterrichts für muslimische Kinder. Die Ausbildung von entsprechenden Lehrkräften in Deutschland muss gewährleistet werden.

c) Migrations- und asylpolitische Verantwortungsübernahme

In einem immer stärker zusammenwachsenden, nach innen grenzenlosen Europa können wir nicht ignorieren, wenn Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken, in Lagern unter katastrophalen Umständen festgehalten werden oder ihnen ihre Rechte an den Grenzen verwehrt werden. Die zukünftige Landesregierung muss migrations- und asylpolitische Verantwortung übernehmen und sämtliche Möglichkeiten ausschöpfen, um zur Schaffung sicherer Fluchtwege beizutragen und die Aufnahme von Schutzsuchenden über den Königsteiner Schlüssel hinaus zu ermöglichen. Zudem muss sie eine professionelle und unabhängige Unterstützung der ankommenden Schutzsuchenden sicherstellen.

Wir fordern daher von der künftigen Landesregierung:

- Den Beschluss von Landesaufnahmeprogrammen nach § 23 Absatz 1 AufenthG – ohne Verpflichtungserklärungen;
- Die Schaffung zusätzlicher Plätze für Aufnahmeprogramme des Bundes;
- Die Unterstützung der mehr als 50 aufnahmebereiten Kommunen in Niedersachsen, die sich seit 2018 zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben;
- Die dauerhafte Finanzierung einer unabhängigen Migrationsberatung in ganz Niedersachsen, um eine professionelle und unabhängige Unterstützung von Geflüchteten im Ankommensprozess zu gewährleisten;
- Einen entschlossenen Einsatz für eine offene und humane Migrations- und Asylpolitik gegenüber der Bundesregierung.

d) Bleiberecht statt Abschiebungen

Über 22.000 Menschen leben in Niedersachsen mit dem unsicheren Status einer Duldung. Obwohl diese Personen hier geboren wurden oder teils seit Jahrzehnten hier leben und deshalb ein Teil der Gesellschaft sind, droht ihnen die Abschiebung. Dieser Zustand ist humanitär untragbar und bedeutet für die Betroffenen eine enorme Belastung. Viele Menschen haben komplexe Lebensrealitäten und gehören vulnerablen Gruppen an. Hinzu kommt, dass ihr bisheriges Leben in Deutschland von struktureller Diskriminierung und gesellschaftlichem Ausschluss geprägt war, weshalb ihnen (Aus)Bildungs- und Arbeitschancen verwehrt wurden bzw. weiterhin verwehrt werden. Es ist daher zwingend notwendig, die gesetzlichen Bleiberechtsregelungen so wohlwollend wie möglich zugunsten der Menschen auszulegen und sie dabei zu unterstützen, ein Aufenthaltsrecht zu bekommen.

Wir fordern daher von der künftigen Landesregierung:

- Abschiebungen, insbesondere von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Niedersachsen haben oder vulnerabel sind, zu unterlassen. Wer den Lebensmittelpunkt in Niedersachsen hat, muss hier bleiben dürfen;
- Aufenthaltsperspektiven zu schaffen, indem sie ihre Ermessensspielräume bei der Auslegung von Bleiberechtsregelungen vollumfänglich nutzt;
- Kettenduldungen zu beenden: Wer aufgrund der dort herrschenden menschenunwürdigen Verhältnisse nicht in sein Herkunftsland zurückkehren kann, muss eine Aufenthaltserlaubnis erhalten;
- Die Pläne der Bundesregierung zur Verbesserung der Bleiberechtsregelungen – wie etwa das Chancen-Aufenthaltsrecht – aktiv zu unterstützen und in Niedersachsen konsequent umzusetzen.

e) Recht auf Wohnen statt Unterbringung

Das Wohnen betrifft nicht nur einen Kernbereich des privaten Lebens, sondern ist zugleich eine Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe. In Sammelunterkünften dagegen werden die Privatsphäre – etwa durch unangekündigte Zimmerkontrollen in Abwesenheit der Bewohnenden – und das Recht auf Wohnen – etwa das Recht, den eigenen Lebensraum zu gestalten oder Besuch zu empfangen – systematisch verletzt. Sammelunterkünfte sind strukturell durch eine örtliche Isolation, Kontrolle durch Sicherheits- und Sozialdienste sowie Exklusion von der übrigen Nachbarschaft, so es denn überhaupt eine gibt, charakterisiert. Die Unterbringung asylsuchender Menschen muss jedoch von Anfang an selbstbestimmt, partizipativ und bedürfnisorientiert gestaltet werden. Deshalb lehnen wir auch eine Differenzierung bei Unterbringung und den Aufnahmebedingungen in Abhängigkeit vom Herkunftsland der Geflüchteten ab.

Wir fordern daher von der künftigen Landesregierung:

- Das Ankunftszentrum Fallingbostal-Oerbke zu schließen, da es aufgrund seiner direkten Nachbarschaft zu einem aktiven Truppenübungsplatz und der damit einhergehenden Geräuschkulisse nicht geeignet ist, z.T. kriegstraumatisierte Geflüchtete unterzubringen;
- Alle Geflüchteten aus Erstaufnahmeeinrichtungen schnellstmöglich auf die Kommunen zu verteilen;
- Eine Unterbringung in Sammelunterkünften zu vermeiden und ein selbstbestimmtes Leben in eigenen Wohnungen zu ermöglichen;

- Das Wohnen in Sammelunterkünften durch den Erlass menschenwürdiger Standards so weit wie möglich an ein Leben in den eigenen vier Wänden anzugleichen: Zimmer müssen abschließbar sein und dürfen von Dritten nicht ohne Erlaubnis betreten werden. Bewohner*innen haben das Recht, Besuch zu empfangen. Für jede Wohneinheit müssen Küchenzeilen und Sanitäranlagen eingerichtet und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für den eigenen Lebensbereich geschaffen werden;
- Beratungs- und Unterstützungsangebote, insbesondere für besonders schutzbedürftige Gruppen, lückenlos zu gewährleisten;
- Insbesondere durch den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

f) Gesundheit für alle

Es gehört zu den Grundpfeilern der deutschen Sozialpolitik, allen in Deutschland lebenden Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dazu gehört auch die medizinische Hilfe im Krankheitsfall. Die Krankenversorgung in Deutschland ist jedoch seit 1993 für Geflüchtete eingeschränkt: Sie erhalten in den ersten 18 Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland medizinische Leistungen nur dann, wenn diese akut erforderlich und "unaufschiebbar" sind. Darüber hinaus wird Geflüchteten in diesem Zeitraum eine Krankenkassenkarte verweigert. Bevor sich die Menschen in ärztliche Behandlung begeben können, müssen sie beim Sozialamt einen Krankenschein beantragen. Diese strukturelle Benachteiligung erschwert und verzögert eine angemessene ärztliche Behandlung.

Noch schlechter ist die Situation für Menschen ohne Papiere, die eine medizinische Versorgung oftmals aus Angst vor Ausweisung und Abschiebung nicht in Anspruch nehmen. Lokal gibt es für Notfälle punktuell Anlaufstellen für Menschen ohne Krankenversicherung, aber es fehlt weiterhin an einem gesicherten und landesweiten Zugang für Menschen ohne Papiere zur Gesundheitsversorgung.

Wir fordern daher von der künftigen Landesregierung:

- Die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für alle;
- Die Einführung eines anonymen Krankenscheins in ganz Niedersachsen;
- Die Unterstützung von Initiativen und Organisationen, die Menschen ohne Papiere bei Bedarf zu Fragen gesundheitlicher Versorgung beraten und ihnen den Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglichen;

- Das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen (NTFN) institutionell zu fördern, damit die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten langfristig gesichert werden kann;
- Die Bereitstellung notwendiger digitaler Infrastruktur in Unterkünften und eigenen Wohnungen, um digitale Teilhabe zu ermöglichen und Online-Beratungsangebote wahrnehmen zu können;
- Die Finanzierung von Sprachmittlung bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen.

g) Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung, queere Geflüchtete

Frauen und Mädchen sind wie auch trans, inter, nicht-binäre und queere Menschen auf der Flucht vielfältigen Formen der Diskriminierung, zusätzlicher sexualisierter, physischer und psychischer Gewalt und verstärkt der Gefahr illegalen Menschenhandels ausgesetzt. Häufig sind dabei sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität überhaupt erst Grund für die Flucht. Auch in Niedersachsen mangelt es an ausreichenden Schutzstrukturen und Sensibilisierung. Intersektionale Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung müssen von der zukünftigen Landesregierung als Querschnittsaufgabe gedacht werden.

Wir fordern daher von der künftigen Landesregierung:

- Den Ausbau von psychosozialen und therapeutischen Angeboten zur Stabilisierung von betroffenen Frauen bei Erfahrung mit sexualisierter Gewalt, Depressionen, psychischer Belastung usw.;
- Einen flächendeckenden Ausbau sowie eine sichere und auskömmliche Finanzierung von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für geflüchtete Frauen bei häuslicher Gewalt, Genitalverstümmelung (FGM/C), Zwangsheirat und anderen Formen der Gewalt;
- Die dauerhafte Finanzierung unabhängiger Anlaufstellen für queere Geflüchtete und BIPOC (Black, Indigenous, People of Color);
- Die frühzeitige, systematische Identifizierung von besonderen Schutzbedarfen bei Geflüchteten durch geschlechtssensible Aufnahmeverfahren sowie eine unabhängige, nicht staatliche Asylverfahrensberatung für alle Geflüchteten;
- Den gleichberechtigten Zugang zu Bildungs-, Sprach- und Qualifizierungsangeboten, z.B. durch gesonderte Frauensprachkurse mit Kinderbetreuung/ niedrigschwelligen Kursangeboten/ Frauenräumen als Austauschmöglichkeit außerhalb der Familie;

- Die Schaffung von mehr sicheren Unterbringungsmöglichkeiten/Safe Houses für Frauen und queere Menschen mit umfassenden Gewaltschutzkonzepten und die Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung von Frauen- und Schutzhäusern;
- Die verstärkte Berücksichtigung von geschlechtsbezogenen Aspekten sowie des familiären Umfelds in den Beratungsangeboten zur Arbeitsmarktintegration;
- Einen einfachen Zugang zu notwendigen Medikamenten wie zum Beispiel HIV-Tabletten/Medikamente, Hormonbehandlung für queere Geflüchtete flächendeckend und ohne Barrieren zu gewährleisten;
- Die Förderung der Weiterbildung und Sensibilisierung von Mitarbeitenden in Bildungseinrichtungen zu Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt und Sexualität.

Bündnispartner*innen

Bundes- und landesweit:

ADV-Nord e.V. - Afrikanischer Dachverband Norddeutschland

amfn e.V. - Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge Niedersachsen

AWO Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft

Bundes Roma Verband e.V.

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) e.V.

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Landesjugendring Niedersachsen e.V.

Niedersächsischer Integrationsrat

NTFN - Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V.

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Roma Center e.V./ Roma Antidiscrimination Network

Seebrücke Niedersachsen

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)

Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB)

Regional:

Andersraum e.V., Hannover

Arbeitskreis Asyl Cuxhaven e.V.

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hannover

Autonomes Feministisches Referat - AStA der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Autonomes Frauenhaus Osnabrück

AStA der Universität Göttingen

Asyl e.V. Hildesheim
Beratungsstelle GRATA bei Caspo e.V.
Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V.
Cine k Kino, Oldenburg
CSD Nordwest e.V., Oldenburg
Exil e.V., Osnabrück
Fachschaft Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen, Universität Osnabrück
flausen+gGmbH, Oldenburg
Flüchtlingshilfe "Auf dem Hümmling" e.V., Werlte
Friedensbündnis Lüneburg
Hannover Solidarisch
Heinrich-Böll-Haus Lüneburg
IBIS - Interkulturelle Arbeitsstelle e. V., Oldenburg
Interkultureller Treffpunkt ZuFlucht Lüchow
Institut für angewandte Kulturforschung e.V. (ifak), Göttingen
JANUN Hannover e.V.
JANUN Lüneburg e.V.
Janusz Korczak - Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V., Hannover
kargah e.V., Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit, Hannover
Kritische Mediziner*innen Oldenburg
Lebensraum Diakonie e. V. – Diakonisches Werk in den Kirchenkreisen Lüneburg und Uelzen
Mädchenhaus Oldenburg e.V.
Medienbüro Oldenburg e.V.
MISO-Netzwerk Hannover e.V.
mosaique - Haus der Kulturen Lüneburg
Netzwerk gegen Rechts Lüneburg
Our House OM10 Göttingen
Prisma - Queer Migrants e.V, Hannover
Refugee Law Clinic Hannover e.V.
REFUGIUM Flüchtlingshilfe e.V. Braunschweig
Rosa Luxemburg Club Lüneburg
SJD - Die Falken Bezirk Hannover
Solidarische Provinz Wendland / Altmark
Students at Work | Campus Office der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften Oldenburg
Students for Future Oldenburg
theater wrede+, Oldenburg
TRIVT e.V. - Toleranz, Respekt und interkulturelle Vielfalt!, Braunschweig
Willkommen in Lehre e. V.
United Against Racism Oldenburg
VNN-BdA e.V. Lüneburg
VNN-BdA e.V. Wolfsburg